


Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Plenarsitzung im März waren die schreckliche Naturkatastrophe in Japan und die Folgen für Deutschland das bestimmende Thema. Christian Dürr hat in der Aussprache nach einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten deutlich gemacht, dass die Sicherheitsrisiken deutscher Kernkraftwerke nach diesen unvorstellbaren Ereignissen neu bewertet werden müssen.

Das Schulgesetz mit der neuen Niedersächsischen Oberschule ist mit den Stimmen von FDP und CDU verabschiedet worden. Björn Försterling hat in der Debatte die drei entscheidenden Ziele herausgestellt: Stärkung des Gymnasiums, mehr Qualität und Sicherung von kleineren Schulen auch in der Fläche.

Viele Grüße!



Christian Grascha MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer
Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher

FDP-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Tel. (0511) 30 30 34 11
Fax (0511) 30 30 48 63

christian.grascha@lt.niedersachsen.de
www.fdp-fraktion-nds.de

Inhaltsverzeichnis

1. Naturkatastrophe in Japan

- 1.1 Aussprache zur Regierungserklärung 2

2. Soziales, Familie, Frauen, Gesundheit u. Integration

- 2.1 Pflege..... 3
- 2.2 Charité-Projekt „Dunkelfeld“ auch in
Niedersachsen etablieren 3
- 2.3 Mündliche Anfrage „WhiteIT“ – Bündnis gegen
Kinderpornographie im Internet..... 4

3. Haushalt und Finanzen; Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

- 3.1 Projekt Regionalbahn 2014+ 5
- 3.2 Alstom..... 5
- 3.3 Contracting 6

4. Innen-, Rechts- und Sportpolitik

- 4.1 Gemeindefinanzreform..... 7

5. Agrar und Umwelt

- 5.1 Zwischenstand Hundegesetz 8
- 5.2 CCS-Speicherung 8-9
- 5.3 Geothermie..... 9

6. Bildung, Wissenschaft und Kultur

- 6.1 Oberschule 10

1. Naturkatastrophe in Japan

1.1 Aussprache zur Regierungserklärung

In der Aussprache zur Regierungserklärung anlässlich der Ereignisse in Japan hat sich der Fraktionsvorsitzende Christian Dürr für eine schnelle Überprüfung der Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke ausgesprochen. Dürr erklärte, dass es jetzt nicht mehr nur darum gehe, dass deutsche Kernkraftwerke die aktuellen Anforderungen erfüllen, da dies ja bereits bisher immer der Fall war. Jetzt gehe es vielmehr darum, die Sicherheitsanforderungen im Lichte der Ereignisse in Japan auf den Prüfstand zu stellen.

Das dreimonatige Moratorium der Bundesregierung hält Dürr für die richtige und notwendige Sofortmaßnahme. Schließlich fiele es uns angesichts der dramatischen Bilder aus Japan allen schwer, sich nicht von der emotionalen Dramatik der Bilder überwältigen zu lassen. Deswegen bräuchten wir alle Zeit, die Dinge und Ereignisse zu bewerten. Das Moratorium gebe nun die Möglichkeit, die Sicherheit jedes einzelnen Kernkraftwerks auf den Prüfstand zu stellen und die neuen Erkenntnisse einfließen zu lassen. Dürr stellte erneut klar, es gehe in diesen Tagen nicht um Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke. Es gehe einzig und allein um die Sicherheit hier und heute.

Deswegen würden die Sicherheitsanforderungen überprüft und wenn nötig erhöht.

Ferner erläuterte der Fraktionsvorsitzende, dass eine ehrliche und grundlegende Debatte über Sicherheit breiter geführt werden müsse. Gefahren und Risiken gebe es nicht nur bei der Kernkraft sondern auch beispielsweise bei Raffinerien oder Anlagen der chemischen Industrie. Daher sei eine grundsätzliche und vor allem ideologiefreie Debatte über technologische Risiken nötig.

Dürr plädierte ebenfalls dafür, den Ausbau der erneuerbaren Energien noch einmal zu forcieren. In der Vergangenheit hätten wir zwar erfolgreich den gesetzlichen Rahmen geschaffen, der zum massiven Ausbau der erneuerbaren Energien geführt habe. Zukünftig müsse der Fokus aber besonders auf der Erhöhung der Grundlastfähigkeit der erneuerbaren Energien liegen. „Bisher konnten wir uns auf andere, zuverlässige und grundlastsichere Energieformen so sehr verlassen, dass die Grundlastfähigkeit der erneuerbaren Energien kaum beachtet wurde. Das müssen alle politischen Kräfte gemeinsam selbstkritisch zugeben und sich nun stärker dieser Aufgabe widmen. Der Ausbau der Netze und der Speichertechnologien ist hier eine zentrale Komponente“, sagte er.

Ferner verdeutlichte Dürr, dass nationale Alleingänge in der Frage der Sicherheit von Kernkraftwerken wenig sinnvoll seien. Schließlich machten nukleare Risiken nicht an Grenzen halt. Deswegen müsse jedwedem Vorgehen eng abgestimmt sein innerhalb der EU und mit der Internationalen Atomenergiebehörde.

2. Soziales, Familie, Frauen, Gesundheit und Integration

Wissenschaftliche Fachreferentin: Nadine Passenheim; Telefon 0511 3030-4306



2.1 Pflege

Im Märzplenium wurde das Thema Pflege debattiert. Wichtig sind dem sozialpolitischen Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Roland Riese, in diesem Zusammenhang die Zusammenführung der verschiedenen Pflegeausbildungen, die Umsetzung des Niedersächsischen Heimgesetzes, der Abbau von Bürokratie sowie die Neudefinition des Pflegebegriffes. Die Zusammenlegung der Ausbildungsberufe in der Alten-, Gesundheits-, Kranken- und Kinderkrankenpflege macht das Berufsfeld für die Absolventen deutlich attraktiver und ist Beschlusslage des Niedersächsischen Landtages. Im Bereich der Ausbildung zum Altenpfleger wurde im vergangenen Jahr mit über 5.600 Auszubildenden der höchste Stand seit Inkrafttreten des Altenpflegegesetzes von 2002 erreicht. Im Zusammenhang mit dem Niedersächsischen Heimgesetz ist es der Landtagsfraktion wichtig, dass sog. alternative Wohnformen nicht unter Kuratel gestellt werden, sondern die Schutzfunktion des Heimgesetzes nur dort greifen soll, wo es tatsächlich geboten erscheint. In Bezug auf die Neudefinition des Pflegebegriffes hat sich der sozialpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Roland Riese, dafür ausgesprochen, den Pflegebegriff dem Bedürfnis von Demenzkranken anzupassen.

Der Antrag wird nunmehr im Sozialausschuss umfassend beraten.

2.2 Charité-Projekt „Dunkelfeld“ auch in Niedersachsen etablieren

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Charité-Präventionsprojekt „Dunkelfeld“ auch in Niedersachsen zu etablieren, wurde von den Regierungsfractionen abgelehnt, da der Antrag durch das Handeln der Landesregierung und der Regierungsfractionen in der Sache erledigt ist. Bereits in den Beratungen für den Haushalt 2011 hatte die FDP-Fraktion einen besonderen Schwerpunkt auf die Etablierung dieses Projektes in Niedersachsen gelegt. Bei dem Projekt „Dunkelfeld“ handelt es sich um ein Modellprojekt zur Prävention von Kindesmissbrauch für pädophile Menschen, die noch nicht straffällig geworden sind und sich freiwillig und anonym ein Jahr lang therapieren lassen wollen. Das Projekt „Dunkelfeld“ soll in der MHH etabliert werden. Gleichzeitig gibt es ein weiteres Projekt der Göttinger Universität, die bewusst auch straffällig gewordene Pädophile mit in die Therapiemodelle einbezieht. Die Universität Göttingen kooperiert mit der Asklepios Klinik, die sich zur Hälfte an dem Projekt beteiligt. Die Landesregierung hat sich bereit erklärt, die Finanzierung sowohl für das Projekt an der MHH, als auch das Projekt an der Universität Göttingen zu gewährleisten.

2. Soziales, Familie, Frauen, Gesundheit und Integration

Wissenschaftliche Fachreferentin: Nadine Passenheim; Telefon 0511 3030-4306



2.3 Mündliche Anfrage „WhiteIT“ – Bündnis gegen Kinderpornographie im Internet

Auf eine Mündliche Anfrage der Abgeordneten Roland Riese und Christian Grascha zum Bündnis gegen Kinderpornographie „WhiteIT“ hat die Landesregierung mitgeteilt, dass sich dem Bündnis, welches sich im November 2009 auf Initiative des Ministeriums für Inneres und Sport gegründet hat, bereits 32 Partner angeschlossen haben. Zu den Mitgliedern zählen IT-Branchenverbände, IT-Unternehmen, Sozial- und Opferschutzorganisationen, die Wissenschaft sowie Vertreter der Heilberufe. Die Bündnismitglieder haben ein „Memorandum of Understanding“ unterzeichnet und sich darin verpflichtet, mit Blick auf ihre gesellschaftliche Verantwortung Kinderpornographie im Internet mit aller Entschlossenheit zu bekämpfen. Ziel des Bündnisses ist die Entwicklung und Umsetzung einer ganzheitlichen Strategie, die von der Prävention über die Strafverfolgung bis hin zu Hilfen für die Opfer reicht und sich dabei technischer, rechtlicher und politischer Instrumente bedient. Aufgrund der wachsenden Zahl der Bündnispartner war eine Neuausrichtung der Bündnisorganisation erforderlich. Neu eingerichtet wurde ein sog. Programm-Management-Board, das die Themenfelder und zahlreichen Projektideen bündeln und koordinieren soll. Hiermit soll das Bündnis zukünftig besser in der Lage sein, zielgerichtet Projektaufträge an einzelne Bündnispartner in Auftrag zu geben.

3. Haushalt und Finanzen Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Wissenschaftlicher Fachreferent: Fabian Fischer; Telefon 0511 3030-4305



3.1 Projekt Regionalbahn 2014+

Im Rahmen des Märzplenums fand auch die abschließende Beratung des gemeinsamen Antrags von CDU und FDP „Projekt Regionalbahn 2014 + - ökologisch, ökonomisch und zukunftsfähig“ statt.

Hintergrund des Antrags ist, dass im Großraum Braunschweig beim Schienenpersonennahverkehr (SPNV) bislang die Realisierung der RegioStadtBahn (RSB) beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Vordergrund stand. Nach einer aktuellen Nutzen-Kosten-Untersuchung für das Ursprungskonzept der RSB musste die Verbandsversammlung des Zweckverbands Großraum Braunschweig Ende 2010 die Beendigung des RSB-Vorhabens und die Erstellung eines alternativen Konzeptes für den Schienenpersonennahverkehr beschließen.

Das Alternativkonzept soll zu einer aufgabenträgerübergreifenden Optimierung der Netzzuschnitte, attraktiveren Taktverkehren, modernisierten SPNV-Stationen und einer Ertüchtigung der Streckeninfrastruktur führen. Darüber hinaus soll bei der Erstellung des Alternativkonzepts insbesondere eine Verbesserung der Verknüpfungspunkte von SPNV und Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in den Fokus genommen werden.

Die Regierungsfractionen begrüßen dieses neue Regionalbahnkonzept 2014+ ausdrücklich und sind sich sicher, dass auch die Niedersächsische Landesregierung diesen braunschweigischen Weg zu einer ökologischen, ökonomischen und zukunftsfähigen Regionalbahn tatkräftig und massiv unterstützen wird.

Entscheidend sind dabei aus Sicht der FDP-Fraktion zwei Dinge. Zum einen die Vergabe der SPNV-Leistungen im Wettbewerb. Zum anderen das Nachholen der in der Vergangenheit aufgeschobenen Investitionen in die Infrastruktur.

3.2 Alstom

In der Diskussion um einen möglichen massiven Arbeitsplatzabbau bei Alstom in Salzgitter sprach sich der Landtag in einem gemeinsamen Beschluss aller Fraktionen dafür aus, die Beschäftigung und den Standort von Alstom in Salzgitter zu erhalten.

Ein massiver Arbeitsplatzabbau bei Alstom hätte auch negative Auswirkungen auf die vielen regionalen Zulieferer. Die Landesregierung wurde daher aufgefordert die laufenden Gespräche mit der Konzernleitung von Alstom in Frankreich fortzusetzen und zu intensivieren.

3. Haushalt und Finanzen Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Wissenschaftlicher Fachreferent: Fabian Fischer: Telefon 0511 3030-4305



3.3 Für eine starke Nutzung des Contracting

Am vergangenen Dienstag beschloss der Niedersächsische Landtag den gemeinsamen Antrag „Ressourcenschutz und Sparpolitik – Contracting als Lösungsweg“ von FDP und CDU.

Ziel des Antrags ist es, solide Haushaltspolitik und praktischen Ressourcenschutz zu vereinen. Hierzu bietet die Modernisierung des Energiemanagements von Gebäuden großes Potenzial. Private Investitionen in Form von Contracting-Modellen können eine Alternative zu konventionellen Finanzierungsformen darstellen, weil so, trotz der schwierigen Lage in den öffentlichen Haushalten und der Schuldenbremse, im größeren Umfang energetische Sanierungsmaßnahmen möglich sind.

Beim Contracting kann ein Energiedienstleister Landesimmobilien, wie z.B. Hochschulgebäude, modernisieren. Er wird dann an den eingesparten Energiekosten beteiligt. Im Ergebnis könnten so zusätzliche Investitionen getätigt werden. Diese hätten dann nicht nur niedrigere Energiekosten, sondern auch eine Wertsteigerung der sanierten Immobilien zur Folge. Gleichzeitig wird der Umweltschutz gestärkt, da durch die Sanierung CO₂-Emissionen gesenkt werden.

Der Antrag beinhaltet daher unter anderem, neben der Bitte an die Landesregierung eine Prioritätenliste der Landesliegenschaften zu erstellen, die für das Contracting-Modell in Frage kommen, auch die Aufforderung niedersächsische Kommunen zu ermutigen, Contracting-Modelle vermehrt zu prüfen und weiterhin bei deren Vorbereitung fachlich zu unterstützen.

Dabei ist selbstverständlich immer zu beachten, dass Projekte unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgewählt werden, so dass sich die Durchführung am Ende für den privaten Anbieter und den Staat rechnet. Dabei ist es beispielsweise auch möglich, mehrere Objekte in einem Pool zusammenzufassen.

4. Innen-, Rechts- und Sportpolitik

Wissenschaftlicher Fachreferent: Frederic Sieling; Telefon 0511 3030-4314

4.1 Das Niedersächsische Modell zur Reform der Gemeindefinanzen

Im Märzplenium wurde anlässlich einer Großen Anfrage die Strategie der Landesregierung in der Gemeindefinanzkommission diskutiert. Dieses Gremium wurde von der Bundesregierung ins Leben gerufen, um Vorschläge zur Neuordnung der Gemeindefinanzen zu erarbeiten. Der Kommission gehören auch Vertreter der Länder an. Die niedersächsischen Interessen vertreten unser Wirtschaftsminister Jörg Bode und Innenminister Uwe Schünemann.

Das Land Niedersachsen setzt sich in der Kommission aktiv für die Finanzen der Gemeinden ein. Das niedersächsische Modell für eine Reform der Gemeindefinanzen soll die Gemeinden in die Lage versetzen, auch mittelfristig sicher planen zu können. Denn derzeit sind fast 60 Prozent der kommunalen Einnahmen sehr instabil. Nach Berechnungen der Landesregierung wäre dies bei dem Niedersächsischen Modell nur noch bei rund 20 Prozent der Einnahmen der Fall.

Von diesen, mit der Verstetigung einhergehenden Einnahmeverbesserungen, würden die Kernstädte, Umlandgemeinden und Gemeinden im ländlichen Raum nahezu gleichermaßen profitieren.

Das Modell sieht konkret die Ausweitung des Hebesatzrechts vor und stärkt damit die Finanzautonomie der Kommunen. Die vorgesehenen kommunalen Unternehmensteuer würden im Gegensatz zur Gewerbesteuer eine Gewinnsteuer und keine Substanzsteuer sein sowie zu weniger Bürokratie führen. In dem Modell beruhen 20 Prozent auf dem volatilen Kommunalzuschlag zur Körperschaftsteuer und auf dem Kommunalzuschlag zur Einkommensteuer, soweit er auf Gewinneinkünfte entfällt. 80 Prozent der kommunalen Steuereinnahmen entfielen auf die grundsätzlich stabilen Einnahmen aus der Grundsteuer, aus dem kommunalen Umsatzsteueranteil und aus dem kommunalen Einkommensteuerzuschlag auf Überschusseinkünfte. Die Gewerbesteuer entfiere und der Körperschaftsteuersatz stiege deutlich von 15 auf 25 Prozent.

Die FDP-Landtagsfraktion unterstützt dieses Modell und hofft, dass es damit zu einer langfristigen Sicherheit der kommunalen Finanzen kommen kann.

5. Agrar und Umwelt

Wissenschaftlicher Fachreferent: Axel Rehwinkel; Telefon 0511 3030-4312



5.1 Zwischenstand Hundegesetz

Am 25. März ist die erste Lesung zur Neufassung des Niedersächsischen Gesetzes über das Halten von Hunden, kurz Niedersächsisches Hundegesetz, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung angesetzt. Die abschließende Lesung ist voraussichtlich am 13. Mai, so dass mit einer Verabschiedung im Plenum am 25. Mai zu rechnen ist. Somit wäre ein Inkrafttreten Anfang Juli, unter Einhaltung der vorgenannten Abläufe, möglich. Zahlreiche Stellungnahmen, z.B. der Tierärztekammer Niedersachsen, den kommunalen Spitzenverbänden oder dem Deutschen Kinderschutzbund e.V., begrüßen die Weiterentwicklung des Hundegesetzes und die Konzentration auf den Halter. Insbesondere wird die generelle Kennzeichnung der Hunde durch einen Chip, die Verpflichtung zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung und der Sachkundenachweis für künftige Halter begrüßt. Auch mit dem neuen Hundegesetz wird niemand einen hundertprozentigen Schutz vor Beißattacken garantieren können, aber wir wollen erreichen, dass die Halter mit ihren Hunden richtig umgehen. „Alle Hundehalter müssen sich ihrer Verantwortung bewusst sein“, sagt Jan-Christoph Oetjen. Er begrüßt, dass es in Niedersachsen auch in Zukunft weder eine Rasseliste noch Gewichts- oder Größenregelungen geben wird. Somit wird nach dem Einzelfall entschieden und der Hundehalter in den Blickpunkt gerückt.

5.2 CCS-Speicherung

Auch das Thema CO₂-Speicherung im Untergrund hat im vergangenen Plenum eine Rolle gespielt. Bei dieser Technologie wird bei fossilen Kraftwerken oder Industrieanlagen abgeschiedenes CO₂ unterirdisch verpresst, so dass es keine klimaschädlichen Wirkungen in der Atmosphäre entfalten kann. Diese Technologie befindet sich noch in der technischen Erprobungsphase, zudem fehlt es gegenwärtig an einer rechtlichen Grundlage, da die Europäische Richtlinie über die geologische Speicherung von Kohlendioxid (2009/31/EG) noch nicht in deutsches Recht umgesetzt wurde. Auf EU-Ebene wird die CO₂ Abscheidung und Speicherung als eine vielversprechende Technologie im Kampf gegen die globale Erwärmung angesehen. Neben finanziellen Aspekten befürchten Kritiker dieser energieintensiven Technologie vor allem eine Verunreinigung des Trinkwassers durch verdrängtes Salzwasser aus salzwasserhaltigen Grundwasserleitern und ein unkontrolliertes Austreten des CO₂ in die Atmosphäre mit unberechenbaren Folgen. Die Regierungskoalition im Niedersächsischen Landtag hat deshalb eine EntschlieÙung mit dem Titel „Keine Speicherung von CO₂ in Niedersachsen“ anlässlich der bevorstehenden Gesetzesverabschiedung auf Bundesebene ins parlamentarische Verfahren eingebracht. Für FDP und CDU sind hierbei zwei Punkte von besonderer Bedeutung. Zum einen darf es keine dauerhafte geologische Speicherung von Kohlendioxid gegen den Willen und die Interessen von Niedersachsen geben, zum anderen soll im Bundesratsverfahren die Analyse- und Bewertungskompetenz auf die Länder übertragen werden. Gero Hocker verwies im Rahmen der Plenardebatte u.a. auf die bereits schon heute vorhandenen Belastungen in Niedersachsen zum Thema Endlagerung. Bei der CCS-Technologie kommt erschwerend hinzu, dass weder Haftungsfragen noch die langfristigen Folgewirkungen der Einpressung unter hohem Druck geklärt sind. Deshalb schließt auch Wirtschaftsminister Jörg Bode eine Lagerung und Erprobung in Niedersachsen gänzlich aus. Bemerkenswert waren die Ausführungen der SPD. Während sie im Landtag auf die Risiken gegenüber dem dauerhaften Abschluss, auf Gesundheitsaspekte und die möglichen Auswirkungen auf das Trinkwasser hinwies, forderte ihr Bundesvorsitzender die sofortige Verabschiedung des CCS-Gesetzes durch die Bundesregierung.

5. Agrar und Umwelt

Wissenschaftlicher Fachreferent: Axel Rehwinkel; Telefon 0511 3030-4312



Sigmar Gabriel sieht die Zukunft der Energieerzeugung zu 40 Prozent in der Verstromung von Kohle und braucht für seine energiepolitischen Vorstellungen folglich einen Nachweis für die Lösung des CO₂ Problems. Für Gero Hocker stehen allerdings die vielen ungeklärten Fragen und die Vorbehalte in der Bevölkerung im Vordergrund. Die Euphorie auf Seiten der EU wird in Niedersachsen nicht geteilt, vorerst gilt es, erst den Beweis der kleinmaßstäblichen Machbarkeit zu erbringen bevor bundesgesetzliche Regelungen greifen.

5.3 Geothermie

Niedersachsen verfügt über große Entwicklungspotentiale im Bereich der Geothermie. Sie ist als Energieträger ressourcenschonend, grundlastfähig, dezentral, im eigenen Land verfügbar und praktisch unerschöpflich. Die Fraktionen von FDP und CDU haben deswegen einen Entschließungsantrag „Geothermie in Niedersachsen – Standort sichern und Potentiale weiter ausbauen!“ in den Landtag eingebracht. Schwerpunkt der Entschließung ist die Fortentwicklung von Forschung und Entwicklung. Nachdem Niedersachsen im Jahr 2006 die Geschäftsstelle Geothermie am Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) eingerichtet und sich bereits ein Netzwerk „Geothermieforum Niedersachsen“ gebildet hat, ist nun der Aufbau eines deutschen Zentrums für Tiefengeothermie geplant. Bausteine sind der Ausbau der Studiengänge im Bereich Geothermie, die Förderung der Forschungseinrichtungen, die Erkundung des wirtschaftlich nutzbaren Potentials der Tiefengeothermie und die Verbesserung des Zugangs zu vorhandenen Untergrunddaten. Die oberflächennahe Geothermie ist mit 7.000 Anlagen bereits gut in Niedersachsen vertreten, in der mittleren und Tiefengeothermie steckt aber noch Entwicklungspotential. Pro 100 Meter nimmt die Temperatur im Untergrund um drei Grad Celsius zu, so dass sich großmaßstäbliche Nutzungen zur Stromerzeugung, Wärme- und Kältenutzung erst ab 3.000 Meter und mehr ergeben. „Um die Wirtschaftlichkeit der mittleren und tiefen Geothermie mittelfristig zu bewerkstelligen, müssen Forschung und Lehre, Industrie, Energiewirtschaft und Energieversorger noch besser zusammenarbeiten“ sagt Gero Hocker. Und weiter: „Wir möchten, dass diese Technologie in Niedersachsen nicht nur erforscht, sondern auch eingesetzt wird. Zu häufig wird in Deutschland zwar geforscht, die Anwendung dieses Wissens erfolgt dann aber im Ausland. Dies soll im Bereich der Geothermie ausdrücklich nicht der Fall sein“.

6. Bildung, Wissenschaft und Kultur

Wissenschaftliche Fachreferentin: Juliane Topf; Telefon 0511 3030-4313



6.1 Oberschule

Am 15. März 2011 wurde mit den Stimmen von FDP und CDU das Gesetz zur Novelle der Schulstruktur beschlossen. Somit können Schulträger ab sofort Anträge auf Errichtung von Oberschulen zum 01.08.2011 stellen.

Insbesondere die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes haben noch einmal deutlich gemacht, dass es wichtig ist, auf die Folgen des demografischen Wandels zu reagieren. Diese zeigten, dass in Niedersachsen die Zahl der Schüler im Schuljahr 2010/2011 erneut (- 1,3 Prozent) gesunken ist.

Mit der Niedersächsischen Oberschule werden die qualitativen Rahmenbedingungen erheblich verbessert: die Bildung von kleinen Lerngruppen in den Fächern Mathematik, Deutsch und Englisch wird ermöglicht und die Klassenobergrenze auf 28 Schüler festgelegt. Es werden zusätzliche Lehrerstunden für eine bessere Leistungsdifferenzierung in den genannten Kernfächern zur Verfügung stehen. Zudem werden die Lehrkräfte entlastet, indem eine geringere Unterrichtsverpflichtung an der Oberschule gegeben wird und verstärkt Sozialpädagogen eingesetzt werden. Für eine individuelle Förderung eines jeden Schülers sorgt ein didaktischer Leiter. Schließlich wird mit der Oberschule ein wohnortnahes Schulangebot sichergestellt.

Der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Björn Försterling, ist davon überzeugt, dass durch die Oberschule die Bildungsqualität in Niedersachsen sich entscheidend verbessert. Mit einer höheren Durchlässigkeit, werden die Perspektiven der Schüler verbessert. Zudem haben sie durch eine zielgerichtete Förderung die Chance auf höchstmögliche Bildungsabschlüsse.

Sollten Sie Interesse an weiteren Informationen haben, können Sie diese unter anderem auf der Internetseite der FDP-Landtagsfraktion finden oder jederzeit beim bildungspolitischen Sprecher der FDP-Fraktion, Björn Försterling, anfordern.